Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

An den Grossen Rat **10.5276.02**

PD/P105276
Basel, 19. Januar 2011

Regierungsratsbeschluss
vom 18. Januar 2011

Schriftliche Anfrage Heinrich Überwasser „Steht die Basler Regierung bei ihren Wirtschaftskontakten mit China zum Friedensnobelpreisträger Liu Xiaobo?

Das Büro des Grossen Rates hat die nachstehende Schriftliche Anfrage Heinrich Überwasser dem Regierungsrat zur Beantwortung überwiesen:

> „Liu Xiaobo erhält aufgrund seines mutigen Engagements für die Menschenrechte den Friedensnobelpreis, trotz offenbar vorheriger Druckversuche aus China. Bisher halten sich schweizerische Stellen auffallend zurück zu gratulieren oder gegenüber der chinesischen Regierung zu verlangen, dass Liu Xiaobo, seine Angehörigen und Sympathisanten in Freiheit kommen bzw. frei bleiben, keine Nachteile erleiden, ja dass China seine Menschenrechtspolitik überdenkt.
> Die Basler Regierung pflegt einen regen Kontakt mit chinesischen Stellen. Ich bitte Sie deshalb um die Beantwortung meiner Anfrage:
>
> - Hat die Basler Regierung Liu Xiaobo gratuliert?
> - Hat sie bei ihren zuletzt gehäuften Kontakten mit chinesischen Stellen das Thema der Menschenrechte in China angesprochen? Hat sie die Verantwortlichen in Bern bzw. beim EDA gebeten, sich für den chinesischen Friedensnobelpreisträger und die Menschenrechte in China einzusetzen?
> - Ist sich die Basler Regierung der besonderen historischen Verantwortung der Schweiz bewusst?
>
> Heinrich Ueberwasser“

Wir beantworten diese Schriftliche Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Hat die Basler Regierung Liu Xiaobo gratuliert?

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt hat Herrn Liu Xiaobo nicht zur Verleihung des Nobelpreises gratuliert.

Der Regierungsrat hat in der Vergangenheit ausschliesslich Nobelpreisträgern mit einem direkten Bezug zu Basel gratuliert, namentlich Werner Arber und Rolf Zinkernagel. Er sah sich jedoch anlässlich der Verleihung des Nobelpreises an Herrn Liu Xiaobo im Dezember 2010 nicht dazu veranlasst, da keine Verbindung des Preisträgers zum Kanton Basel-Stadt festzustellen ist. Der Regierungsrat anerkennt jedoch die Preisvergabe als Motivation für alle

Den Mitgliedern des Grossen Rates des Kantons Basel-Stadt zugestellt am 21. Januar 2011.

Akteure, die sich für eine Verbesserung der Menschenrechtssituation in China und der restlichen Welt einsetzen.

Zu Frage 2: Hat sie bei ihren zuletzt gehäuften Kontakten mit chinesischen Stellen das Thema der Menschenrechte in China angesprochen? Hat sie die Verantwortlichen in Bern bzw. beim EDA gebeten, sich für den chinesischen Friedensnobelpreisträger und die Menschenrechte in China einzusetzen?

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt hat das Thema der Menschenrechte bei Kontakten mit chinesischen Behördenvertretern nicht angesprochen und das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) nicht darum gebeten, sich für Herrn Liu Xiaobo und die Menschenrechte in China einzusetzen.

Der Kanton Basel-Stadt pflegt seit November 2007 eine Partnerschaft mit der chinesischen Stadt Shanghai womit auch regelmässige Kontakte zwischen dem Regierungsrat und Behördenvertretern sowie politischen Vertretern Shanghais stattfinden. Die Städtebeziehung zu Shanghai ist jedoch keine geeignete Plattform um aussenpolitische Themen auf nationalem Niveau zu thematisieren und die Partner in Shanghai sind die falschen Adressaten für diese Themen.

Es wäre nicht angebracht, wenn Basel in der Aussenpolitik eigenmächtig eine Position gegenüber der Situation in China beziehen und diese anlässlich der Pflege von Aussenbeziehungen verkünden würde. Der richtige Adressat für allfällige Äusserungen und Anliegen Basels zur Menschenrechtssituation in China und zur Inhaftierung Herrn Liu Xiaobos wäre das EDA, welches die Interessen der Schweiz in Peking vertritt.

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt sieht sich nicht dazu veranlasst, beim EDA bezüglich der Menschenrechtssituation in China im Allgemeinen und der Situation von Herrn Liu Xiaobo zu intervenieren, da das Engagement der Schweiz für den Menschrechtsdialog mit China durch das EDA kontinuierlich stattfindet.

Die Schweiz hat ihre Bemühungen zu Gunsten von Herrn Liu Xiaobo intensiviert, sie setzt sich jedoch nicht erst seit der Ankündigung der Nobelpreisverleihung für ihn ein. So hat die Schweiz seit seiner Verhaftung im Dezember 2008 verschiedentlich zu seinen Gunsten interveniert. Dieses Engagement wird oft nicht in die Öffentlichkeit getragen, sondern geschieht über die diplomatischen Kanäle.

Der Schutz und die Förderung der Menschenrechte gehören zu den Prioritäten der schweizerischen Aussenpolitik. Eines der Instrumente dieser Politik ist der so genannte „Menschenrechtsdialog“. 1991 war die Schweiz das erste Land, welchem China einen solchen Dialog vorgeschlagen hat. Die letzte Dialogrunde fand im Juli 2008 in Peking statt. Seither werden verschiedene Projekte, welche Teil des Dialogs sind, umgesetzt. Die Gespräche konzentrieren sich rund um die vier Schwerpunktbereiche Strafrecht/Strafprozess/Strafvollzug, Minderheiten/Religionsfreiheit, Wirtschaft und Menschenrechte sowie internationale Menschenrechtsfragen.

Das EDA steht derzeit mit den chinesischen Behörden in Kontakt zwecks Festlegens eines Termins für die nächste Dialogrunde in der Schweiz in diesem Jahr. Beim Menschenrechtsdialog handelt es sich um ein fruchtbares, jedoch diffiziles Instrument, welches Geduld, Beharrlichkeit und das umsichtige Handeln aller beteiligten Akteure voraussetzt.

Zu Frage 3: Ist sich die Basler Regierung der besonderen historischen Verantwortung der Schweiz bewusst?

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt ist sich bewusst, dass die Schweiz bei der Gestaltung ihrer Gegenwart und ihrer Zukunft auch im Hinblick auf die internationale Beziehungspflege ihrer historisch gewachsenen Rolle als Nationalstaat Rechnung zu tragen hat. So begrüsst und unterstützt der Regierungsrat die Weiterführung des auf Tradition beruhenden Engagements der Schweiz für Menschenrechte und humanitäre Politik durch den Bund. Der Regierungsrat versucht zudem der besonderen freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Schweiz und China Rechnung zu tragen, welche aus der historischen Tatsache erwächst, dass die Schweiz am 17. Januar 1950 die neu gegründete Volksrepublik China als einer der ersten westlichen Staaten anerkannte.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt

Dr. Guy Morin
Präsident

Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin